



„Einstein würde heute nicht mehr Professor“

Krisen sind oft Auslöser für Innovation und Kreativität.

Geld allein macht noch keine Konjunktur. Darüber war man sich bei der Expertendiskussion zum „Innovationsstandort Österreich“, zu der zu Wochenbeginn der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) und die Bank Austria luden, einig. Was aber braucht Österreichs Wirtschaft, um an Fahrt zu gewinnen?

Trotz eines klaren Bekenntnisses zur Bedeutung der Innovationskraft für den Wettbewerb stagniere Österreich auf dem Weg zum Innovation Leader, so Wirtschaftsforscher Karl Aiginger. Man stehe in Wirtschaft und Gesellschaft durch die weiter zunehmende Digitalisierung vor Herausforderungen, die einen radikalen Strukturwandel bedeuten können, sagte Wissenschaftsstaatssekretär Harald Mahrer. Darauf sei man aber nicht vorbereitet. Hier brauche es eine „nationale Kraftanstrengung und einen Schulterschluss über alle Sektoren“. Es gelte, „die Besten zu fördern, statt Geld mit der Gießkanne zu verteilen“.

Innovation nicht planbar

Innovation und Kreativität seien nicht planbar, sagte der deutsche Philosoph und ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin. Historisch seien Krisen oft Auslöser für Innovation gewesen: „Kreative Schübe finden in Situationen der Verunsicherung statt.“ Daher sei es wichtig, Verunsicherung auch zuzulassen. Zu starke Normierung sei schlecht für Kreativität, es gelte, passende Spielräume zu schaffen. Ob Einstein oder Wittgenstein heute eine Professur bekommen hätten? Nida-Rümelin verneint. Außerdem brauche es für Innovation nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Techniker und Fachkräfte.

„Innovationen brauchen Forschung, und Forschung braucht gebildete Menschen“, sagte RFT-Ratsvorsitzender Hannes Androsch. Er sieht im

Bildungssystem „dringenden Handlungsbedarf“. (gral)



Den Innovationen hinterher

Österreich gibt immer mehr für Forschung und Entwicklung aus – und hechelt international nach.

Von Marina Delcheva

Wien. „Hätte Einstein heute seine Artikel publizieren können? Ausgeschlossen!“, sagt Julian Rümelin, Professor der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, im Rahmen der Diskussionsrunde „Innovationsstandort Österreich“. Die Klugen des Landes – Forscher, Universitätsprofessoren, Banker – haben im Oktagon-Saal in der Bank Austria-Zentrale in der Wiener Innenstadt Platz genommen und diskutieren darüber, wie man Österreich wieder zu einem Innovationsstandort macht. „Wenn wir im geopolitischen Zusammenhang dabei sein wollen, müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken“, sagt Hannes Androsch, Vorsitzender des Rates für Forschung und Entwicklung. Die Lehrpläne und die Bologna-Umstellung an den Unis lassen zu wenig Raum für Wissenschaft und Entfaltung, der Staat muss mehr Geld für Forschung in die Hand nehmen, Österreich brauche eine neue Bildungspolitik – so der Grundtenor der Veranstaltung.

Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist Österreich unter den Top 5 in der EU. Tatsache ist aber, dass das Land in internationalen Rankings immer weiter abrutscht. 2010 belegte es im „International Union Scoreboard“ den sechsten Platz. Das Ranking misst die Innovationskraft in den einzelnen EU-Ländern, also technische Neuerungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse, aber auch Innovationen in wirtschaftlichen Prozessen. Heute belegt das Land nur noch Platz 10 und gehört damit zu den Innovation-Followern; zu jenen Ländern, die Innovationen eher übernehmen. Von den knapp 132.000 angemeldeten Patenten beim Europäischen Patentamt stammen geschätzte 1800 aus Österreich. Zu den Innovationsführern gehören Deutschland und die skandinavischen Staaten.

Mehr Ausgaben, stagnierende Ergebnisse

„In den letzten fünf Jahren stagniert die Forschung. Wir waren schon mal bei den Innovations-



Österreich soll Innovations-Führer werden. Derzeit stagniert die Forschung aber. Foto: Wavebreak Media LTD

Leadern“, sagt Wifo-Chef Karl Aiginger. Österreich hat heute eine Forschungsquote von 2,88 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit betragen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung 9,3 Milliarden Euro, rechnet die Statistik Austria vor. Etwa ein Drittel der Ausgaben stemmt der Bund, den Rest die Länder und heimische und ausländische Unternehmen.

Vor 15 Jahren lag die Forschungsquote noch bei 1,85 Prozent des BIP, wobei sie in den letzten fünf Jahren weniger stark gestiegen ist. Trotz der wachsenden Ausgaben gehört Österreich heute nicht zu den Innovativen Europas. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass hierzulande wenig Ressourcen in die Grundlagenforschung fließen, nämlich etwa 192 Millionen. Das ist vier Mal weniger als beispielsweise in den Niederlanden, erklärt Pascale Ehrenfreund, Präsidentin des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. „Uni-Karrieren sind hier nicht so attraktiv. Oft verlie-

ren wir die besten Köpfe an die USA oder andere europäische Länder“, erklärt Fabian Unterlass vom Wifo. Das Problem sei weniger die Grundlagenforschung, sondern die universitäre Forschung, die hier schlecht dotiert ist. Schlechte Bezahlung, befristete Verträge und wenig attraktive Arbeitsbedingungen führen zu Brain-Drain. Außerdem konzentriere sich Österreichs Wirtschaft auf traditionelle Sparten wie etwa die Industrie. Dort werde weniger geforscht als beispielsweise im IT-Bereich.

Bessere Investitionen für Start-ups

Laut Wifo stagnieren die Forschungsausgaben der Unternehmen im Gegensatz zu jenen des Bundes. Weil die Banken vorsichtiger bei der Kreditvergabe werden, wird es für junge Unternehmer zunehmend schwieriger, an Geld für aufwendige und teure Entwicklungsprojekte zu kommen. Deshalb brauche es alternative Geldquellen wie etwa Crowd-

funding, private Geldgeber und Business-Angels, forderte Bank Austria-Chef Willibald Cernko im Rahmen der Veranstaltung. Die sogenannte FTI-Strategie des Bundes sieht eine Stärkung des Startup-Sektors vor und hat es sich zum Ziel gemacht, Österreich bis 2020 zu einem Innovations-Führer zu machen. Die Forschungsquote soll auf 3,76 Prozent des BIP steigen. Die Strategie sieht etwa ein neues gemeinnütziges Stiftungsrecht vor, das heuer in Begutachtung gehen soll.

Auch das Crowdfundig-Gesetz soll reformiert werden. „Wir sollen es einfacher machen gemeinnützige Stiftungen zu errichten, um Pilot-Projekte besser zu unterstützen“, so Wirtschafts-Staatssekretär Harald Mahrer. Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung fordert im Klub der Wirtschaftspublizisten gleich einen Fond für Start-ups. Dieser soll aus den Gewinnen der ÖIAG-Töchter gespeist werden und vom Austria Wirtschaftsservice abgewickelt werden. ■